Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 346 | Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig | Donnerstag, den 24. Juli | Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig | 1919

Französisch-belgisches Schutzbündnis

Die feindliche Wacht am Rhein

Basel, 24. Juli. (Eig. Drahtber.) Der „Matin" meldet: Zwischen Poincaré, dem König Albert von Belgien, Marschall Foch und belgischen Generalen haben Besprechungen über ein festes militärisches und wirtschaftliches Schutz- und Trutzbündnis zwischen Frankreich und Belgien stattgefunden. Dieser Bund bezweckt für alle Zeit die Wacht am Rhein sicherzustellen.

Basel, 24. Juli. (Eig. Drahtber.) „Daily Mail" meldet: Die französische Regierung erteilte den Fabriken für Kriegsbedarf neue Aufträge zur Lieferung von Panzerwagen, Kanonen und Flugzeugen für mehrere hundert Millionen Franken. Die Ansicht des Marschalls Foch, daß man stets mit der Möglichkeit des Ausbruches eines neuen Krieges rechnen müsse, wäre hierfür ausschlaggebend gewesen. Die französische Regierung besteht darauf, für die nächsten Jahre ein starkes, schlagfertiges Heer stets bereitzuhalten.

Verschärfung der Bestimmungen für die Rheinpfalz

Ludwigshafen, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Militärbehörde hat die Bestimmungen in der Rheinpfalz, welche für die Bevölkerung gelten, wieder verschärft. Die Erteilung von Ausreisegenehmigungen in das unbesetzte Deutschland erfolgt spärlicher als je zuvor. Für die Ludwigshafener Rheinbrücken werden nunmehr Pässe für einen Tag ausgestellt. Auch die Briefzensur ist wieder strammer. Der Einlaß selbst genehmigter Zeitschriften und amtlicher Blätter wird von den Kontrolloffizieren vielfach eigenmächtig behindert. Nach wie vor müssen die Passanten die an der Ludwigshafener Rheinbrücke aufgezogene Trikolore in gewohnter Weise grüßen und auch den französischen Fahnen, die von vorbeimarschierenden Truppen mitgetragen werden, ihre Ehrenbezeigungen machen. Infolgedessen haben sich der pfälzischen Bevölkerung nachgerade eine Wut und ein Zorn über die unerhörten Belästigungen durch die Besatzungsbehörde bemächtigt.

Straßburg, 24. Juli. (Eig. Drahtber.) Nach den Beschlüssen der französischen Militärbehörden werden für die künftige Besetzung der Rheinlande, der Rheinpfalz und des Kehler Brückenkopfes in ausgedehnterem Maße als bisher schwarze Kolonialtruppen herangezogen. Im Kehler Brückenkopfgebiet sind sämtliche weißen Franzosen abgerückt und Senegalneger und Algerier an ihrer Stelle eingetroffen. Auch die elsässischen Garnisonorte erhalten stärkere Kolonialtruppenbesatzungen als bisher.

Amerikanische Vorbehalte bei der Ratifizierung?

Rotterdam, 24. Juli. (Drahtbericht.) Die „Times" melden aus New York, daß sich die Aussichten auf eine bedingungslose Annahme des Friedensvertrages durch den Senat verschlechtert haben und daß Präsident Wilson bereit sei, einige Vorbehalte bei der Ratifizierung zuzugestehen. Die amerikanische Regierung habe bei den Mächten, die den Friedensvertrag zu unterzeichnen haben, angefragt, ob sie Vorbehalte des Senats anerkennen würden, ob sie in ihrer Ratifikation Gegenvorschläge machen und z. B. eine Klausel in der Gleichberechtigung der Rassen aufnehmen würden.

Genf, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Europapreß meldet aus Washington: Die Opposition im amerikanischen Senat gegen die Ratifikation des Friedensvertrages wächst zusehends. Die Zahl der Senatoren, die sich verpflichtet haben gegen den Friedensvertrag und gegen den Völkerbundvertrag in der jetzigen Form zu stimmen, hat sich bereits auf 45 erhöht. Da 33 Stimmen, d. h. eine Stimme mehr als ein Drittel der Gesamtstimmenzahl, genügen, um die Ratifikation zunichte zu machen, wird Wilsons Stellung vor dem Senat eine äußerst schwierige sein. Die Republikaner haben Wilson bereits im Namen der der Opposition angehörenden Senatoren mitgeteilt, im Senat herrsche die Neigung vor, auch das vom Präsidenten Wilson eingebrachte Friedensprogramm zurückzuweisen. Die Senatoren Knox und Moses haben sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Der Präsident hat bisher nichts verlauten lassen, so daß nicht anzunehmen ist, daß er nachgeben wird. Es verlautet, daß Wilson die Pariser Friedenskonferenz um die Erlaubnis nachgesucht hat, dem Senat vertrauliche Dokumente über den Gang der Verhandlungen in Paris vorzulegen. Wenn es Wilson und seinen Anhängern jedoch nicht gelingen sollte, durch Kompromisse im Senat eine Mehrheit für das Friedensprogramm zusammenzubringen, werden die 45 Senatoren auf ihren verfassungsmäßigen Rechten bestehen und gegen die Ratifizierung stimmen, um so das ganze Friedensprogramm zunichte zu machen.

Innere Politik

E. E. Die Rede, die der deutsche Ministerpräsident gestern gehalten hat, kennzeichnet sich als ein Akt der Selbstbesinnung am Anfang eines neuen, langen und steilen Weges. Da ist es unvermeidlich, daß wir, die nicht von jeher alles politische Geschehen ausschließlich als Massenleistung gesehen haben und es auch in Zukunft nicht tun werden, unsererseits fragen: Sind auch die Männer da, die auf jenem Wege zu führen vermögen? Der Ministerpräsident selber und seine gestrige Rede geben ein Beispiel dafür, wie besonnene, klardenkende, wohlmeinende und gutwillige Persönlichkeiten die regierende sozialdemokratische Partei und damit eben die große Masse des Volkes zu stellen vermag. Aber es bleibt die Frage, ob das Kaliber, das eine solche Rede und ein solcher Mann zeigt, für die unerhörten Aufgaben ausreichen wird, die ihm und uns bevorstehen.

Da ist zunächst freilich zu sagen, daß das, was wir an führenden Politikern im Kriege und auch vorher gewöhnt gewesen sind, das Maß der gestrigen Rede in der Regel nicht erheblich überschritten hat. Aber wir sagen ja auch nicht, daß jene Führung ausgereicht habe. Und jetzt stehen wir vor viel schwierigeren Zumutungen des Schicksals. Es kann, zu zweit, keine Rede davon sein, als ob wir nun einen oder einige andere Männer zu nennen wüßten, in deren Schatten Herr Bauer zu stehen hätte. Wir wissen zwar, daß einer seiner nächsten Kollegen, der nicht genannt zu werden braucht, ihm wahrscheinlich an Selbständigkeit der Gedanken und an Instinkt für die, wenigstens zunächst, wirksamsten Mittel, sich durchzusetzen, überlegen ist; aber wer wollte deshalb einen Tausch befürworten? Es kommt ja nicht bloß darauf an, daß jemand mit möglichster Schärfe wisse, was er will, und sich mit möglichster Energie dahin strecke, wo sein Ziel steht, sondern auch darauf, was er denn will, und wo sein Ziel liegt. Und in dieser Hinsicht überlassen wir uns ruhiger der Leitung des Herrn Bauer als der des Herrn Erzberger. Allerdings hat man von diesem gesagt, er sei der eigentliche Kopf des Kabinetts, aber in Bauers Rede herrscht ein kollektiver Geist, der des Gesamtkabinetts oder, da auch dieses nicht eben sehr scharf profiliert ist, ein noch breiter begründeter, ein demokratischer Geist nicht bloß dem Inhalt, sondern auch der Herkunft nach. Der Ministerpräsident hat selber am Schlusse seiner etwas breiten, vielleicht zu ausgeführten, infolgedessen nicht sehr schlagenden Rede Barbusse zitiert mit dem Satze, die Demokratie werde sich ruhiger und schöner entfalten, wenn sie geklärt werde durch Auserwählte. Diese Auserwählten sehen wir noch nicht. Vielleicht kommen sie, wir müssen es ja alle wünschen. Es ist freilich wahr, die Demokratie kann nicht Heldenzeitalter sein. Aber sie ist alt genug in der Geschichte, daß wir wissen können: Sie duldet sehr wohl das Auftreten hervorragender Einzelner, ja sie wird am Ende auf die Dauer in ihrem Bestand davon abhängen, und wir hoffen sogar, daß gerade sie das Aufkommen von Talenten und Charakteren, an denen unsere Politik nie Ueberfluß gehabt hat, begünstigen soll!

Daß dies möglich werden kann, wenn der Geist der Bauerschen Rede Allgemeingut wird, darf man glauben. In dieser Rede ist der Wert und Sinn der Demokratie werbend und überzeugend zum Ausdruck gekommen. Der erste Beamte der deutschen Republik hat offen ausgesprochen: wenn es heute noch an der Durchführung der Demokratisierung bei uns fehle — nicht an ihrer grundsätzlichen Einführung —, so liege das nur an einem Mangel von Fähigkeiten, die vorhandenen Rechte des Volkes auszuüben. Solche Offenheiten muß ein demokratischer Führer sagen können, sonst ist er zur Leitung nicht geeignet, und sonst bleibt die Demokratie aussichtslos. Als Herr Bauer davon sprach, man müsse wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen, klang es nicht, als meine er vor allem seine eigenen Gaben dieser Art, sondern als sei er auch selber bereit, sich in manchen Dingen dem Urteil besonderer Sachkenner unterzuordnen. Auch dies ist eine politische Tugend demokratischer Führer und darüber hinaus unentbehrliche Gesinnung eines demokratischen Volkes. Der Redner führte den Gedanken weiterhin für einzelne Gebiete, namentlich auch für das wirtschaftliche, näher aus, ohne freilich in dieser Beziehung viel Neues zu sagen. Und daß es viel helfen wird, wenn so gute Gedanken immer wieder ausgesprochen werden, darf man ja leider nicht hoffen, so sehr man es möchte.

Im übrigen sollen aus dem Inhalt nur einige Einzelheiten hier herausgehoben sein. Der Grundgedanke der wirtschaftlichen Demokratie, der die politische ergänzen muß, ist schon lange immer weiteren Kreisen vertraut geworden, wenigstens gedanklich; es kommt nun darauf an, daß er auch allen ins Gefühl und in den Willen übergeht! Und dazu wird am ehesten die praktische Gewöhnung helfen, mehr als alle programmatischen Bekenntnisse und Mahnungen. Deshalb liegt der Hauptteil der Bauerschen Rede da, wo sie die bestimmten und nächsten Pläne der Regierung zeichnet. Der Sinn, den das Gesetz über Arbeiter- und Wirtschaftsräte haben soll, kann als längst bekannt gelten; ob es diesen Sinn haben wird, läßt sich erst sagen, wenn der Entwurf vorliegt. Daß gerade dieses Gesetz an erster Stelle genannt wurde, war selbstverständlich, weil es nicht nur unumgänglich, sondern unaufschiebbar ist. Die energischen Schritte zur Sozialisierung wichtiger Industrien, die angekündigt werden, wird man ebenfalls politisch unbedingt zu billigen haben. Es muß endlich etwas in dieser Richtung geschehen, sonst kann man über kurz oder lang überhaupt keine innere Politik mehr machen. Die Fragen der Räte und der Sozialisierung sind nun einmal nach wie vor brennend, auch wenn nicht immer gleichmäßig viel davon gesprochen wird. Beide Probleme hängen zusammen, und Herr Bauer hat das gestern so formuliert, daß in den geplanten Räteorganisationen die Vorbereiter und späteren Träger der Sozialisierung geschaffen werden sollen.

Wer nun allen diesen Maßnahmen mit Sorge entgegensieht, und das tun ja keineswegs wenige, dem soll eine andere Sorge

Deutschösterreichs finanzielle Verpflichtungen

Wien, 24. Juli. (Drahtbericht unseres Wiener Mitarbeiters.) Ueber die finanziellen Friedensbedingungen erklärte mir eine Finanzautorität: Die Aufteilung der Staatsschulden des alten Oesterreichs, die rund 93 Milliarden betragen, ist so ziemlich das Sinnloseste, was ausgeheckt werden konnte. Nur die hypothekierten Vorkriegsschulden, die aber nur 2400 Millionen ausmachen, sind unter den Nachfolgestaaten einigermaßen gerecht aufgeteilt. Die Aufhalsung der im Auslande befindlichen Kriegsanleihen steigert die Kriegsanleihenlast Deutsch-Oesterreichs auf mindestens 15 Milliarden. Unerträglich ist auch die Notenlast in Deutsch-Oesterreich; 5100 Millionen sind zur Abstempelung gelangt. Der Gesamtbestand der Noten in Deutsch-Oesterreich wird auf 7 Milliarden geschätzt. Ueberdies gelangen am 30. September noch 3400 Millionen Schatzscheine zur Einlösung, so daß von den Schulden bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank über 10 Milliarden auf Deutsch-Oesterreich entfallen. Dazu kommt die Ueberwälzung des Notenbesitzes des Auslandes auf Deutsch-Oesterreich. Selbst vorausgesetzt, daß Deutsch-Oesterreich und Ungarn die Haftung zu gleichen Teilen übernehmen, wird in Fachkreisen die darauf bezügliche Belastung Deutsch-Oesterreichs auf mindestens 3 Milliarden geschätzt. Alles zusammen beläuft sich Deutsch-Oesterreichs Schuldenerbe Alt-Oesterreichs auf annähernd fünfzig Milliarden. Dazu kommen aber noch die eigenen Staatsschulden Deutsch-Oesterreichs sowie die Schulden der Länder und Gemeinden. Allein das Jahresdefizit Wiens ist derzeit 400 Millionen. Dabei braucht Deutsch-Oesterreich allein für die Beschaffung von Lebensmitteln monatlich Auslandskredite von 450 Millionen Kronen und muß sieben Achtel des Kohlenbedarfs vom Auslande beziehen, von Rohstoffen gar nicht zu reden. Es ist klar, daß ein Zwergstaat von 6 Millionen Einwohnern unter dieser Schuldenlast zusammenbrechen muß.

* * *

Wien, 24. Juli. (Drahtbericht unseres Wiener Mitarbeiters.) Zum Friedenstext wird von führender deutsch-böhmischer Seite erklärt: Heute kann nur wiederholt werden, was jeder Kenner der Verhältnisse, wohl auch die Herren Kramarcz und Benesch, genau wissen, daß die deutsch-böhmische Frage nicht in einem Friedensvertrage von Saint Germain ihrer Lösung zugeführt werden kann. Die Entscheidung wird auf deutsch-böhmischem Boden, und nur durch das deutsche Volk in Böhmen, fallen. Allerdings sind die Machtmittel der Prager Regierung heute so stark, daß diese Entscheidung nicht von heute auf morgen zu erwarten ist. Insbesondere die Bestimmung über die Kriegsanleihen liefert die Sudetendeutschen dem Tschechenstaate auf Gnade und Ungnade aus. Jede Auflehnung oder auch nur Opposition der Deutschen kann von den Tschechen mit der Weigerung beantwortet werden, die Kriegsanleihen einzulösen, wodurch der Ruin der deutsch-böhmischen Kreditinstitute, und damit der ganzen Bevölkerung besiegelt wäre.

600 Milliarden Mark Gesamtkriegskosten der Alliierten

Haag, 24. Juli. (Drahtbericht.) Nach der „Dtsch. Allg. Ztg." hat Lloyd George in einer Rede am Montag die gesamten Kriegskosten der Verbündeten auf 30 Milliarden Pfund Sterling geschätzt.

*

Washington, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Senatsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten hat auf Antrag von Senator Lodge in Abwesenheit des Präsidenten Wilson vorgeschlagen, vorläufig amerikanische Vertreter der Kriegsentschädigungskommission zu ernennen. Senator Knox stellt sich auf den Standpunkt, daß Amerika keine Ernennung in diese Kommission vornehmen darf, ehe die Hauptfrage entschieden ist, nämlich ob das Abkommen mit Deutschland durch den Senat ratifiziert wird oder nicht. Die gemäßigte Presse bedauert diesen Beschluß, weil Amerika dadurch außerstande ist, an der Regelung der kommerziellen Angelegenheiten teilzunehmen, und da Amerika wegen der vielen Milliarden, die es Europa geliehen hat oder noch leihen wird, großes Interesse an der endgültigen Regelung der Schadenvergütungen hat.

Interalliierter Wirtschaftsrat in London

Haag, 24. Juli. (Drahtbericht.) Auf Anregung der alliierten Mächte wird heute in London ein interalliierter Wirtschaftsrat zusammentreten, um die wirtschaftliche Weltlage zu studieren und Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung vorzubereiten. In diesem Ausschuß wird England durch Lord Robert Cecil, Amerika durch Hoover und ebenso Frankreich vertreten sein.

Handelsfreiheit in den englischen Mandatarstaaten

London, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Unterhause teilte der Staatssekretär für Kolonien Amery mit, daß Schritte unternommen werden, um Informationen zu sammeln über die natürlichen Hilfsquellen der Länder, die künftig unter britische Kontrolle oder Vormundschaft gestellt werden. Das Parlamentsmitglied Wedgewood stellte die Anfrage bei der Regierung, ob alle Länder gleiche Handelsfreiheiten in diesen unter Vormundschaft gestellten Gebieten haben. Amery antwortete, daß dies jedenfalls in denjenigen Gebieten der Fall sein würde, die unter direktes britisches Mandat kommen. In den Gebieten, die unter Vormundschaft britischer Kolonien gestellt werden, liegt die Entscheidung bei den Regierungen dieser Kolonien. Jedenfalls ist geplant, daß vollkommene Handelsfreiheit für alle Nationen in diesen Gebieten herrschen soll. Finanzminister Chamberlain wies in diesem Zusammenhang noch auf die Tatsache hin, daß die Bestimmung der Reichsvorzugsstelle nicht auf diese Mandatargebiete zutreffen soll. Großbritannien wird fast keinerlei Vorzüge vor anderen Ländern haben.

Die Beisetzung Manheims

Paris, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Mittwoch vormittag fand hier mit großem Pomp die Beerdigung des Sergeanten Manheim statt. General Mangin, sowie die französischen, englischen, italienischen, amerikanischen und rumänischen Missionen in Berlin hatten militärische Abordnungen entsandt.

*

Berlin, 24. Juli. (Drahtbericht.) Die amerikanische Blättermeldung, wonach Foch als Druckmittel zur Durchsetzung der unerhörten Forderung einer Million Buße für den Fall Manheim die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen angeordnet habe, ist nicht bestätigt. An zuständiger Stelle in Berlin ist davon nichts bekannt. Jedenfalls muß aber damit gerechnet werden, daß die Forderung aufrechterhalten werden wird.

Ungarische Volksbeauftragte in Berlin

Berlin, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, sind mehrere ungarische „Volksbeauftragte" in Berlin eingetroffen, um die kommunistische Bewegung des Spartakusbundes zu leiten und zu organisieren. Vor einigen Tagen fand in Neukölln eine große kommunistische Versammlung statt, die sich mit den Plänen des Spartakusbundes beschäftigte. Auch russische „Größen" werben zurzeit in verschiedenen Stellen Deutschlands, darunter der Fähnrich Krylenk.

* **Unterstaatssekretär Dr. Melchior.** Die Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Hamburger Bankier Dr. Melchior sind zum Abschluß gekommen. Dr. Melchior wird an Stelle des Herrn von Möllendorf den Posten des Unterstaatssekretärs übernehmen. Mit Herrn Warburg dauern die Verhandlungen noch fort. Man hofft, auch seine Arbeitskraft in irgendeiner Weise für die Regierung gewinnen zu können.